



Ratingagenturen

Bewertungen von Ratingagenturen waren oft nicht nachvollziehbar und intransparent. Pleitebanken haben die höchste Bonitätsstufe erhalten, Eurostaaten wurden hektisch herabgestuft und damit wurde die Krise weiter verschärft. Die Mitgliedstaaten, Kommission und das Parlament haben sich auf schärfere Vorgaben für die Rating-Branche geeinigt, die diese Woche im Plenum verabschiedet wurden. „Ratings werden künftig nach einheitlichen europäischen Kriterien kontrolliert und Ratingagenturen müssen transparent machen, wann sie Ratings veröffentlichen und wie sie zu ihrer Bewertung einer Ausfallwahrscheinlichkeit eines Wertpapiers kommen“, so Ferber.

Jobgarantie für Jugendliche

Eine Jobgarantie für jeden arbeitssuchenden Jugendlichen in Europa - mit diesem Versprechen will die Kommission rund 5,5 Millionen jungen Europäern aus der Krise helfen. Wie dies finanziert und funktionieren soll, ist nicht klar. Das Europäische Parlament hat diese Vorlage zwar mehrheitlich gebilligt, aber Markus Ferber warnte davor, dass damit keine Erwartungen geweckt werden dürfen, die am Ende nicht erfüllt werden können. „In einer Marktwirt-

schaft kann man keine Jobgarantie aussprechen.“ Statt diesem Versprechen, das nicht eingehalten werden kann, brauchen wir einen besser funktionierenden europäischen Arbeitsmarkt und verbesserte Rahmenbedingungen für mittelständische Unternehmen. Das sind echte Investitionen in die Jugend.“

Staatsbesuch aus Österreich

Der österreichische Bundeskanzler, Werner Faymann, war am Dienstag zu Gast im Plenum in Straßburg. Ferber kritisierte den sozialdemokratischen Politiker, der vor dem Plenum in Straßburg die stärkeren Länder aufforderte, den schwächeren durch die Einrichtung gemeinsamer Schuldentilgungsfonds zu helfen. „Das Vorhaben, mit einem Schuldentilgungsfonds selbstfinanzierend Schulden abzubauen, funktioniert schlicht nicht“, warnte Ferber.

Allianz gegen Eurobonds

Deutsche und französische Europaabgeordnete machten in dieser Plenarwoche gemeinsam Front gegen die Vergemeinschaftung von Schulden in der Eurozone durch Eurobonds. Das Parlament sprach sich bei der Abstimmung mit einer knappen Mehrheit zwar für die Einführung von Eurobonds aus, aber

nur mit 361 Stimmen. „Immerhin 268 Gegenstimmen und 33 Enthaltungen zeigen, dass das Parlament in dieser Frage sehr gespalten ist und die Einsicht in die Untauglichkeit des Instruments Eurobonds wächst“, so Ferber. „Eurobonds erhöhen nicht den Druck auf Defizitstaaten, ihre Schulden zu senken, sondern ermuntern sie zu einer laxen Haushaltsführung. Das ist hochgefährlich und würde den Euro gefährden. Offensichtlich ist aber dennoch genau dies das Ziel von Sozialdemokraten, Linken und Grünen. Die deutschen Christdemokraten und Liberalen sind der Garant für verantwortungsvolle Finanzpolitik und die Sicherung des Euro.“

Irische Ratspräsidentschaft

Das krisengebeutelte Irland gilt als Musterschüler unter den Eurosorgenkindern und übernimmt für die nächsten sechs Monate die Ratspräsidentschaft, die bisher Zypern innehatte. Im Plenum stellte der irische Ministerpräsident Enda Kenny die drei Schwerpunktthemen der Präsidentschaft vor: Die Sicherung der Eurostabilität, die Investitionen in nachhaltige Beschäftigung und das Thema Europa in der Welt stehen im Fokus. Ferber begrüßte die Ankündigung Kennys mit dem Europäischen Parlament eng zusammenarbeiten zu wollen.